

Zusammenfassung des Vorsitzenden

In Übereinstimmung mit dem ursprünglichen Mandat gab das Zweite Treffen des Wirtschaftsforums - wie das Erste - einen politischen Anreiz für den Dialog über den wirtschaftlichen Übergang, es regte zu praktischen Bemühungen um die Entwicklung freier marktwirtschaftlicher Systeme und wirtschaftliche Zusammenarbeit an und förderte Aktivitäten innerhalb einschlägiger internationaler Organisationen, unter Berücksichtigung der Ideale und Ziele, die in der Schlußakte, im Dokument der Bonner Konferenz und bei anderen KSZE-Treffen bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa formuliert wurden, sowie der in diesen Dokumenten angenommenen Prinzipien.

* * * * *

Beim Zweiten Treffen des Wirtschaftsforums wurde ein freier und anregender Dialog zu Schlüsselfragen des Übergangsprozesses zur demokratischen Marktwirtschaft geführt. In Übereinstimmung mit dem Helsinki-Dokument 1992 wurden Vertreter einer Vielzahl internationaler Organisationen zur Teilnahme eingeladen. Vertreter der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Europäischen Investitionsbank, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, des Europarats, der Internationalen Arbeitsorganisation und - zum ersten Mal - der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur nahmen am Treffen teil und leisteten mündliche und/oder schriftliche Beiträge. Die Teilnahme dieser Gremien war nicht nur aufgrund ihrer fachlichen Zuständigkeit im wirtschaftlichen Bereich oder wegen der Tatsache, daß sie sich auf diesem Sektor praktisch betätigen oder betätigen könnten, von beträchtlicher und in der Tat ausschlaggebender Bedeutung, sie erfolgte auch in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Minister beim Vierten Treffen des KSZE-Rates in Rom. Bei dieser Gelegenheit waren sich die Minister einig, daß die KSZE mit ihrer breiten Basis bei der Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen Dimension eine aktive Rolle spielen sollte, die unter anderem durch eine enge Zusammenarbeit mit einschlägigen Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungsorganisationen zu entwickeln ist. In diesem Zusammenhang wurde hier während unserer Arbeit von der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika angeregt, daß die beim Zweiten Treffen des Wirtschaftsforums vertretenen internationalen Organisationen das KSZE-Sekretariat über geplante Veranstaltungen auf dem laufenden halten, die künftig für die im Übergang befindlichen Volkswirtschaften von Interesse sein könnten.

Auf der Grundlage der von den einschlägigen KSZE-Gremien gefaßten jüngsten Beschlüsse wurden nichtteilnehmende Mittelmeerstaaten, nämlich Ägypten, Algerien, Israel, Marokko und Tunesien, zum ersten Male zur Teilnahme und zur Abgabe von Erklärungen eingeladen. Vertreter der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten waren ebenfalls eingeladen, am Treffen teilzunehmen und Beiträge zu leisten.

* * * * *

Vertreter nationaler nichtstaatlicher Organisationen und der Wirtschaft beteiligten sich aktiv an den Diskussionen. Es bestand Einvernehmen darüber, daß eine größere Beteiligung von Vertretern des Privatsektors und nichtstaatlicher Organisationen künftig der Arbeit des Wirtschaftsforums förderlich wäre, was auch im Einklang mit dem Helsinki-Dokument 1992 steht. Die mit der Tagesordnung des Zweiten Wirtschaftsforums angesprochenen spezifischen Fragen waren dazu angetan, das Interesse der Wirtschaftsfachleute aus dem staatlichen und privaten Sektor zu wecken; ihre Begegnung mit Mitgliedern aus Länderdelegationen und Vertretern internationaler Gremien führte zu zahlreichen nützlichen inoffiziellen Kontakten.

Damit wurde eine der wichtigsten Funktionen der KSZE - die Funktion eines Forums für Dialog und Begegnungen - bestätigt. In allgemeinerer Hinsicht wurde darüber hinaus der Zusammenhang zwischen Fragen der Wirtschaft und des Übergangsprozesses und anderen zentralen Anliegen der KSZE - Förderung der Menschenrechte, der Freiheiten des einzelnen und demokratischer Werte einerseits sowie Stärkung von Sicherheit und Stabilität im KSZE-Raum andererseits - hergestellt.

* * * * *

In den Erklärungen und Wortmeldungen widerspiegelten sich die KSZE-Prinzipien und Verpflichtungen, die außerdem wiederholt ausdrücklich angesprochen wurden. Bezug genommen wurde insbesondere auf die Charta von Paris und ihre Bestimmungen, auf das Bonner Dokument von 1990, das Helsinki-Dokument 1992 und auch auf das vom Vierten Treffen des KSZE-Ministerrats am 30. November und 1. Dezember 1993 in Rom angenommene Dokument "Unsere Sicherheit ist unteilbar".

* * * * *

Die auf dem Forum anwesenden Delegationen tauschten ihre jüngsten Erfahrungen im Bereich der Wirtschaftspolitik aus und untersuchten die erzielten Fortschritte und die im Übergangsprozeß zu bewältigenden Schwierigkeiten.

Viele Delegationen gaben auch eine kurze Übersicht über die in letzter Zeit in ihren Ländern getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Vergleiche zwischen der wirtschaftlichen Lage 1993 und der derzeitigen Situation 1994 wurden angestellt und diesbezügliche ermutigende Ergebnisse aufgezeigt.

* * * * *

Ungeachtet dessen ist der Übergangsprozeß bei weitem noch nicht abgeschlossen; er wird viel Zeit in Anspruch nehmen und technisch und politisch schwierig zu gestalten sein.

Die Delegationen betonten, daß Wirtschaftsreformen, Privatisierung und makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen in den meisten Ländern mit Anstrengungen verbunden sind, die nur schwer durchzustehen sind. Die Hilfe von außen ist eine wichtige Begleitmaßnahme zur Verbesserung der Erfolgsaussichten des Übergangsprozesses und zur Linderung der damit einhergehenden Mühen.

Zahlreiche Teilnehmer sprachen die Frage der Liberalisierung des Handels an, wobei einige die Aufmerksamkeit auf einen Anstieg ihrer Exporte und ein breiteres Spektrum der Empfängerländer richteten, während andere die Förderung integrierter Wirtschaftsbereiche und eines rechtlichen Rahmens für einen erleichterten Warenaustausch auf dem Import- und Exportwege forderten. In der Tat könnten die durch Exporte erzielten Einnahmen zugleich auch den Übergangsprozeß erleichtern und den Erfolg seines bisherigen Verlaufs bestätigen.

Weitere erforderliche Unterstützungsmaßnahmen für den Übergangsprozeß umfassen Finanzhilfe, Weitergabe von Know-how, berufliche und fachliche Ausbildung und langfristige spontane Privatsektorinvestitionen, die mit Wahrscheinlichkeit den lohnendsten Anreiz für eine den Übergang und die Entwicklung begünstigende geeignete Zusammenarbeit darstellen, die jedoch im Hinblick auf den rechtlichen Rahmen, das Geschäftsklima und zu erwartende Renditen sehr empfindlich sind.

* * * * *

Das Wirtschaftsforum muß eine spürbare Demonstration des umfassenden Ansatzes der KSZE in Wirtschaftsfragen im KSZE-Raum sein - auch in sicherheitspolitischer Hinsicht; die Sicherheit im KSZE-Raum hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung der KSZE-Staaten genauso ab wie von der Erfüllung der Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte.

Um effektiv zu sein, muß das Wirtschaftsforum die Einbeziehung aller an der Entwicklung und den Reformen der Wirtschaft maßgeblich Beteiligten in die Diskussionen des Forums fördern, insbesondere die umfassende Teilnahme des Privatsektors.

Allgemein war man sich darin einig, daß im Forum den Vertretern der Wirtschaft ausreichend Möglichkeit geboten werden sollte, ihre Erfahrungen sowohl in der Marktwirtschaft als auch im Übergang darzulegen, und daß das beim Zweiten Treffen des Wirtschaftsforums erprobte Experiment mit informellen Arbeitsgruppen in Zukunft weitergeführt werden sollte.

* * * * *

In voller Übereinstimmung mit bestehenden KSZE-Verpflichtungen sollen die Teilnehmerstaaten und die einschlägigen internationalen Organisationen ihre Bemühungen im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufrechterhalten und, wenn möglich, verstärken. Es wurde vereinbart, das Dritte Treffen des Wirtschaftsforums vom 7. bis 9. Juni 1995 abzuhalten.

* * * * *

Während der Diskussionen beim Zweiten Treffen des Wirtschaftsforums wurden folgende Fragen in den Mittelpunkt gerückt:

Weitere Behandlung von Schlüsselementen in einem günstigen Geschäftsklima

Die weitere Behandlung des Faktors Mensch, des rechtlichen Rahmens und der Rolle der staatlichen Verwaltung veranlaßte die Delegationen zu der Erwägung, daß es sich hierbei in der Tat um Schlüsselemente nicht nur für ein günstiges Geschäftsklima sondern für eine funktionierende Marktwirtschaft handelt.

Die Herausforderung durch den Faktor Mensch im Übergangsprozeß hat zwei Aspekte: ein Gespür für Initiativen und für das Eingehen auf sich wandelnde Situationen muß entfaltet werden, und zugleich muß der Erwerb von Wissen und technischen Fertigkeiten an die sich kontinuierlich ändernde Umwelt, die für eine offene Wirtschaft charakteristisch ist, angepaßt werden.

Der rechtliche und institutionelle Rahmen ist natürlich keine Garantie an sich für die Ausdehnung und den Erfolg der Geschäftstätigkeit; er ist aber ungeachtet dessen eine Grundbedingung für die Entwicklung von Geschäftsbeziehungen. Ein unklarer und schlecht strukturierter rechtlicher Rahmen wird natürlich ausländische Investoren kaum ansprechen, die sich in solchen Fällen nur dann auf dem Markt engagieren würden, wenn sie weit über dem Durchschnitt liegende Renditen erwarten können, mit denen sie für ihr Risiko und ihre Kosten entschädigt werden; er bedeutet eine noch schwierigere Last für einheimische Investoren, denen mit den offensichtlich negativen Folgen für die Wirtschaftstätigkeit und die interne Kapitalbildung in der Regel wenig Möglichkeiten bleiben.

Die staatliche Verwaltung weist gewisse Ähnlichkeiten mit dem rechtlichen Rahmen auf, hat aber möglicherweise eine wesentlichere oder prägnantere Rolle zu spielen; ihr kommt tatsächlich eine entscheidende Rolle bei der praktischen Umsetzung des rechtlichen und institutionellen Rahmens zu. Abgesehen von der offensichtlichen Überlegung, daß ein nicht zufriedenstellendes Funktionieren der staatlichen Verwaltung Kosten verursacht und die Effizienz der Wirtschaft insgesamt reduziert, muß mit besonderem Blick auf die im Übergang befindlichen Volkswirtschaften, jedoch ohne andere Volkswirtschaften davon auszunehmen, von der staatlichen Verwaltung angenommen werden, daß sie bei der Schaffung eines günstigen Geschäftsklimas im Rahmen einer offenen und freien Marktwirtschaft eine aktive und konstruktive Rolle spielt.

Die Verwaltung sollte zuverlässige Grundvoraussetzungen für unternehmerische Aktivitäten gewährleisten, um die Risiken und Unsicherheiten, denen die Unternehmen ausgesetzt sind, auf ein Minimum zu reduzieren, und zugleich sämtliche unnötigen Vorschriften beseitigen. Diesbezüglich ist die Rechtssicherheit von besonderem Belang. Sie schafft das für zukunftsorientierte Investitionen erforderliche Vertrauen.

Günstige Voraussetzungen für gegenseitigen Handel und Investitionen im KSZE-Raum

Handel und Investitionen sind zwei wachstumsfördernde Faktoren in allen Volkswirtschaften; beide sind für im Übergang befindliche Wirtschaftssysteme von ganz besonderem Belang, weil vor dem Übergangsprozeß der Handel im Hinblick auf die Erzeugnispalette und die Handelspartner beschränkt war, während Investitionen - ebenso wie die Produktion - durch staatliches Vorgehen bestimmt wurden.

Durch von staatlichen Stellen getroffene zentrale Entscheidungen wurde jede Möglichkeit der Anpassung des Preissystems an die tatsächlichen Angebots- und Nachfragebedingungen sowohl im Land als auch außerhalb beträchtlich reduziert oder gar verhindert.

Die Wirtschaftsreform ermöglichte es den Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas, sich an die Struktur der Weltmarktpreise anzupassen und den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt in Gang zu setzen; dadurch wurden sie über eine Neuorientierung ihrer Exporte hin zu konkurrenzfähigen Weltmärkten den Marktmechanismen ausgesetzt. Die Wiederbelebung wird nach klassischem exportorientierten Muster verlaufen: ein vorwiegend vom neuen Privatsektor und einem verbesserten marktwirtschaftlichen Umfeld stimuliertes starkes Ansteigen der Exporte erzeugt in einer zweiten Phase eine Erhöhung der Investitionen.

Die Bedeutung von Investitionen für die Umstrukturierung der Wirtschaft und als Voraussetzung für Wachstum muß unterstrichen werden. Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren erbrachten Leistungen muß den grundlegenden Faktoren für eine Wiederbelebung der Investitionen Rechnung getragen werden. Makroökonomische Stabilität und vernünftige wirtschaftspolitische Maßnahmen sind überall eine notwendige Voraussetzung dafür, daß sich der Privatsektor an größeren Investitionsprojekten beteiligen kann.

In diesem Zusammenhang und unter Berücksichtigung umweltpolitischer Aspekte wurde ferner hervorgehoben, daß die Grundlage für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung eine gesunde Umwelt sein muß. Da die mit schweren Wirtschaftsproblemen belasteten europäischen Länder versucht sein könnten, den Umweltproblemen weniger Aufmerksamkeit zuzuwenden, wurde angeregt, daß internationale Finanzinstitute die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit diesen Ländern bei Umweltinvestitionen prüfen sollten.

Darüber hinaus könnte der Umweltschutz dazu beitragen, das Potential für den Fremdenverkehr in zahlreichen Ländern zu fördern, und damit Investitionen in Gebieten rechtfertigen, die fast 50 Jahre lang kaum zugänglich waren. Die Auswirkungen wären natürlich günstig: regelmäßiger Zufluß von harter Währung und Ausbruch aus der Isolation.

Die Rolle der Infrastruktur als Schlüsselement im Übergangsprozeß

Ebenfalls wurde auf die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen der Infrastruktur in den Ländern des KSZE-Raums hingewiesen. Es ist klar ersichtlich, daß die Errichtung oder Instandsetzung des Straßen-, Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs- und Telefonnetzes und der Telekommunikationsverbindungen nicht nur eine bedeutende Zahl von Arbeitsplätzen schafft, sondern durch die größere Effizienz der erbrachten Dienstleistungen auch die Volkswirtschaften stärkt. Fortbestehende strukturelle Mängel haben hingegen ungünstige Auswirkungen auf das Geschäftsklima, sie schädigen die Beziehungen in allen Bereichen und auch den Fremdenverkehr.

Insbesondere hinsichtlich der bestehenden Verbindungen zwischen Mittel- und Osteuropa und den anderen Ländern des europäischen Kontinents bedarf es keiner Schilderung der Geschichte der letzten Jahrzehnte, um zu erklären, daß die in den letzten 50 Jahren oder davor gebauten Straßen- und Eisenbahnnetze usw. nicht darauf angelegt waren, zwei geopolitische Bereiche miteinander zu verbinden, sondern eine Trennung zwischen Bereichen widerspiegelten, die für den Massentransport von Personen und Gütern in beiden Richtungen mehr oder weniger unzugänglich waren. Ebenso wenig hat es den Anschein, daß bisher Alternativen zu bestehenden, nicht über Festland führenden Routen in Anspruch genommen wurden.

Bemühungen um eine Lösung des Verkehrsproblems waren ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses; diese Tatsache könnte jenen Staaten als Beispiel dienen, die es der Gemeinschaft gleichtun und eine Art regionaler Solidarität oder Partnerschaft rund um ein Verkehrsnetz im weitesten Sinn aufbauen - oder wiederaufbauen - möchten.

Telekommunikation und Energieversorgungsnetze sind ebenfalls zu wesentlichen Elementen der Infrastruktur geworden, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes die Lebensadern der Volkswirtschaften und darüber hinaus des Weltwirtschaftssystems und bilden einen Komplex von Gütern und Dienstleistungen auf einem höheren - und kostspieligeren - technischen Niveau als andere Kommunikationssysteme. Daher überrascht es nicht, daß die Europäische Union in äußerst großzügiger Weise Anstrengungen unternimmt, um verschiedene Länder bei ihren Initiativen hinsichtlich der Telekommunikation und der Energieversorgungsnetze zu unterstützen.

Hinsichtlich der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sind die positiven Ergebnisse des besonderen Ad-hoc-Treffens hoher Beamter in Wien am 31. Januar und 1. Februar 1994 ein Beispiel dafür, über welches Potential die KSZE verfügt.

Auch der sozialen und gesundheitlichen Dimension infrastruktureller Aktivitäten sollte Beachtung geschenkt werden.

Darüber hinaus sollte im Übergangsprozeß der Schaffung einer gesunden Umwelt in ganz Europa größte Bedeutung beigemessen werden.

Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Technik für die
Entwicklung der Industrie und die Stärkung ihrer internationalen
Wettbewerbsfähigkeit

Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Bereich von Wissenschaft und Technik für die industrielle Entwicklung umfaßt Aktivitäten bei der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, kann aber auch zu Aktivitäten bei der industriellen Zusammenarbeit führen.

Dabei handelt es sich um eine Tätigkeit, die, wie in der Vergangenheit in zahlreichen Ländern festzustellen war, die beträchtliche Infrastrukturprojekte durchgeführt haben, welche vorwiegend durch den öffentlichen Sektor bzw. durch staatliche Stellen gefördert wurden, auch ein staatliches Element beinhaltet. Dies könnte natürlich auch im Falle freiwilliger Aktivitäten zwischen privaten Parteien geschehen - und ist auch oftmals geschehen.

Diese beiden Tätigkeitsarten entwickeln sich im allgemeinen in gegenseitiger Übereinstimmung.

In der gegenwärtigen Lage in Europa scheint es äußerst wahrscheinlich, daß je nach beteiligter Seite die Zusammenarbeit im obengenannten Sinn bestimmte Elemente des staatlichen Sektors von mehr oder minder großer Bedeutung umfaßt. Das ist auch der Grund, warum sich Staaten, die eine Zusammenarbeit anbieten, an staatliche Organisationen wenden, wo es solche gibt; es ist auch der Grund dafür, warum Länder, die eine Zusammenarbeit in Anspruch nehmen, aufgrund des Charakters und der Kosten für die wissenschaftlich-technische Arbeit und vergangener Traditionen diese Tätigkeit auf einer staatlichen Ebene abwickeln werden. Es wird jedoch erwartet, daß sich bei einer erfolgreichen wissenschaftlichen Zusammenarbeit ähnliche Aktivitäten auch auf den Privatsektor ausdehnen werden.

Es geht nicht darum, daß der wissenschaftlich-technische Wissensstand im KSZE-Raum nicht annähernd gleich hoch oder gar von gleicher höchster Qualität sei; vielmehr geht es darum, daß die Geschichte der vergangenen 50 Jahre Anlaß für eine Verbreitung wissenschaftlicher Bemühungen im militärischen Bereich war; diese Bemühungen haben sich jedoch in einer Weise ausgedehnt, die nicht dazu bestimmt war, der Industrie zum Zwecke eines freien Austauschs von Waren und Dienstleistungen Material bereitzustellen. Dies trifft zumindest für einen Teil Europas und ganz sicher für die ehemalige UdSSR zu.

Angesichts dieser Feststellungen scheinen die im Übergang befindlichen Volkswirtschaften vor folgenden Herausforderungen zu stehen: die sich bereits vollziehende Umstellung des militärischen Sektors auf zivile Zwecke und insbesondere eine Anpassung der Grundlagenforschung und Militärtechnik an die Zielstellungen eines auf freiem Unternehmertum beruhenden Wirtschaftssystems.

Zweifelsohne wird dieser derzeit erfolgende Übergang neue Probleme auslösen - angefangen mit finanziellen Problemen, weil jede Umstellung, jede Umstrukturierung mit Kosten verbunden ist, und in diesem Fall mit Kosten, die für die ohnehin durch Auslandsverschuldung schwer belasteten Länder eine zusätzliche Bürde darstellen. Zugleich muß aus eben diesen Gründen und zur Lösung dieses Dilemmas die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterstützt werden. Diese Zusammenarbeit wird es langfristig ermöglichen, eine industrielle Zusammenarbeit im wahrsten Sinne des Wortes hervorzubringen; letztere verfolgt das Ziel, die für eine Verbesserung der Produktionstätigkeit erforderlichen technischen Mittel im umfassenden Zusammenhang der freien Marktwirtschaft bereitzustellen, und trägt damit letztlich zur Förderung des Handels, zur Steigerung des BSP und zur Verbesserung des Lebensstandards nicht nur in den Nehmerländern, sondern in allen Ländern bei.

In Anbetracht all dieser Faktoren überrascht es kaum, daß im Verlaufe des Forums eine Vielzahl von Initiativen im Bereich von Wissenschaft und Technik angesprochen wurde. Formen der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bestehen bereits sowohl zwischen Staaten als auch zwischen privaten Institutionen. Es wurde auch auf die von internationalen Organisationen geleistete wertvolle Tätigkeit sowie auf die von der Europäischen Union mit zahlreichen im Übergangsprozeß befindlichen Ländern entwickelten Initiativen Bezug genommen.

* * * * *

Vorschläge für Seminare

Slowenien:

Die slowenische Delegation betonte die Nützlichkeit des Wirtschaftsforums, zugleich aber auch die Bedeutung der Seminare, insbesondere wenn diese auf regionaler Ebene und mit einer im voraus bekannten Tagesordnung veranstaltet werden. Slowenien ist bereit, als Gastgeber für solche Seminare zu fungieren.

Vereinigte Staaten von Amerika:

Die Delegation der Vereinigten Staaten unterstrich die positiven Ergebnisse des Seminars von Bischkek und hob die Vorteile der dort angewandten Verfahrensweise hervor, nämlich die Unterteilung der Plenarsitzungen in verschiedene, fachbezogene Diskussionsgruppen; diese Verfahrensweise soll beim Seminar in Tallinn wiederholt werden. In diesem Sinne schloß sich die Delegation der Vereinigten Staaten der Meinung der slowenischen Delegation an und nannte eine Reihe von Themen, die von besonderem Interesse sind:

- Besteuerung, finanzpolitische Maßnahmen in den im Übergang befindlichen Volkswirtschaften (vorgeschlagener Zeitpunkt: Februar/März 1995)
- Marketing
- Unterstützung der freien Marktwirtschaft durch den öffentlichen Sektor
- Infrastruktur (Verkehrswesen)
- Fremdenverkehr
- Privatisierung/Rückgabe
- Dienstleistungen im Bankwesen
- Energiesparmaßnahmen/Energietransport
- Dienstleistungsgewerbe
- Bildungswesen

Ferner hob die Delegation hervor, daß es von Bedeutung sei, zwei oder drei Seminare pro Jahr zu veranstalten.

Griechenland - Europäische Union:

Die Europäische Union betonte, daß es notwendig sei, Seminare zu spezifischen Themen zu veranstalten; sie unterstützte im großen und ganzen die von anderen Delegationen vorgeschlagenen Seminare.

Rumänien:

Rumänien betonte, daß es von Bedeutung sei, zwei oder drei Seminare pro Jahr zu veranstalten, wie von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagen. Sie brachte ihr besonderes Interesse an Seminaren zu Fremdenverkehr und staatlicher Unterstützung für die Wirtschaftsreform zum Ausdruck. Rumänien erklärte sich bereit, die Rolle des Gastgebers für das Seminar über Fremdenverkehr und einen Teil der Kosten zu übernehmen (vorgeschlagener Zeitpunkt: Oktober/November 1994).

Ein weiteres Thema von besonderem Interesse ist der Sektor Wissenschaft und Technik in den im Übergang befindlichen Ländern, unter besonderer Betonung von gemeinsam durchgeführten Forschungsarbeiten.

Polen:

Die polnische Delegation unterstützte allgemein den Vorschlag der Vereinigten Staaten.

Die Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen, insbesondere durch ein Zusammenwirken mit den nationalen Institutionen, die für die Förderung dieses Sektors zuständig sind, könnte ein nützliches Thema sein.

Russische Föderation:

Die russische Delegation brachte ihre Genugtuung über die Ergebnisse des Seminars von Bischkek zum Ausdruck. Derartige Seminare seien ein nützliches Instrument, um den Anliegen des Forums Genüge zu tun. Sie schlug zwei Themen vor, die für künftige Seminare von besonderem Interesse seien:

- Privatisierung und ausländische Kapitalbeteiligung
- Errichtung eines modernen Banking-Systems

Lettland:

Hinsichtlich des Vorschlags für ein regionales Seminar über Entwicklung und Förderung einer breiten Unterstützung für die Wirtschaftsreform trotz ihrer voraussehbaren unpopulären Folgen bekundete Lettland sein Interesse, ein solches Seminar zu veranstalten, vorbehaltlich der Gewährleistung einer vollständigen Finanzierung durch die KSZE oder aus anderen Quellen. Der Vertreter Lettlands im Ständigen Ausschuss wird beauftragt, diese Möglichkeit weiter zu sondieren und zu verfolgen.

Vorläufige Tagesordnung für das Dritte Treffen des KSZE-Wirtschaftsforums
Prag, 7. - 9. Juni 1995

1. Eröffnung

2. Diskussionspunkte

Meinungs- und Erfahrungsaustausch über Schlüsselfragen des Übergangsprozesses und diesbezüglich eine Überprüfung der Durchführung, wobei die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die wirtschaftliche Tätigkeit in folgenden Bereichen im Mittelpunkt steht:

- (a) Arbeitsmärkte
- (b) Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene
- (c) Umstellung der Rüstungsindustrie
- (d) Infrastruktur; Verkehr und Kommunikation
- (e) Bankwesen

3. Berichte von Seminaren und Behandlung von Themenvorschlägen für 1995 und danach

4. Zeitpunkt und Tagesordnung des nächsten Treffens des Wirtschaftsforums

5. Abschluß